



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Infobrief

75 Jahre Grundgesetz – Änderungen des Grundgesetzes seit 1949

Maria-Luisa Leonhardt, Julie Hano

75 Jahre Grundgesetz – Änderungen des Grundgesetzes seit 1949

Verfasser/in:	Maria-Luisa Leonhardt, geprüfte Rechtskandidatin Julie Hano
Aktenzeichen:	WD 3 - 3010 - 032/24 Aktualisierung der Ausarbeitung WD 3 - 3000 - 381/09 vom 26. November 2009 (Verfasser: Tarik Menzenbach, Patrizia Robbe, Lena Kuhn, Karolin Wilcke)
Abschluss der Arbeit:	20. März 2024 (zugleich letzter Abruf der Internetquellen)
Fachbereich:	WD 3: Verfassung und Verwaltung

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	4
2.	Änderungshäufigkeit verschiedener Artikel	4
3.	Änderungen pro Wahlperiode, Änderungszeiträume und Änderungsumfang	4
4.	Änderungen der Grundrechte	5
4.1.	Erläuterung zur Auswertung	5
4.2.	Umfang der Grundrechtsartikel	6
4.3.	Änderungszusammenhang und Entwicklung der Grundrechtsdogmatik	6
5.	Tabellarische Übersicht über alle Änderungen des Grundgesetzes seit 1949	8
6.	Tabellarische Übersicht über die Anzahl der Änderungen aller Artikel	41

1. Einleitung

Dieser Infobrief dokumentiert alle Änderungen des Grundgesetzes seit dessen Ausfertigung am 23. Mai 1949 und stellt Zahlen und Fakten sowie Besonderheiten und Auffälligkeiten der Grundgesetzänderungen dar. Die Angaben zu den Änderungen bis zur 19. Wahlperiode basieren dabei auf der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, „60 Jahre Grundgesetz – Zahlen und Fakten“, [WD 3 - 3000 - 381/09](#) vom 26. November 2009.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist seit seiner Ausfertigung insgesamt 67 Mal geändert worden. Dabei ist zu beachten, dass allein die Zahl der Änderungsgesetze und die Zahl der von den Änderungsgesetzen betroffenen Artikel keinen Rückschluss auf den tatsächlichen Umfang und das Gewicht der Änderung zulassen.¹

Der Infobrief gibt einen Überblick über die Änderungshäufigkeit verschiedener Artikel (2.), die Änderungen pro Wahlperiode, die Änderungszeiträume und den Umfang der Änderungen (3.) sowie die Änderungen der Grundrechte (4.).

Die Arbeit wird durch eine tabellarische Übersicht aller Änderungen des Grundgesetzes seit 1949 (5.) sowie durch eine weitere tabellarische Übersicht der Anzahl der Änderungen aller Artikel (6.) komplettiert.

2. Änderungshäufigkeit verschiedener Artikel

Durch die 67 Änderungsgesetze wurden insgesamt 122 Grundgesetzartikel geändert. Dabei sind 237 Einzeländerungen zu verzeichnen.

Von den 122 geänderten Artikeln wurden wiederum 59 mehrfach geändert. 82 Artikel sind unverändert geblieben. Am häufigsten geändert wurde Art. 74 (konkurrierende Gesetzgebung), er ist allein zehnmal geändert worden. Art. 107 (Finanzausgleich und Ergänzungszuweisungen) wurde siebenmal geändert, Art. 73 (ausschließliche Gesetzgebung) und Art. 106 (Verteilung des Steueraufkommens und des Ertrages der Finanzmonopole) sind jeweils sechsmal geändert worden.

Von den insgesamt 67 verfassungsändernden Gesetzen beinhalten lediglich sieben eine Änderung des Grundrechtsabschnitts. Von den insgesamt 237 Einzeländerungen betrafen nur 16 die Grundrechte.

Insgesamt ist die Zahl der Grundgesetzartikel von ursprünglich 146 auf zwischenzeitlich 204 angestiegen und beträgt (nach Außerkrafttreten von Art. 143h GG) nunmehr 203.

3. Änderungen pro Wahlperiode, Änderungszeiträume und Änderungsumfang

Die meisten Grundgesetzänderungen gab es in der 5. Wahlperiode mit insgesamt 12 Änderungsgesetzen. Dem folgen die 2., 12. und die 16. Wahlperiode mit jeweils sechs Änderungsgesetzen.

1 Vgl. Hölscheidt, Die Praxis der Verfassungsverabschiedung und der Verfassungsänderung in der Bundesrepublik, ZParl 1995, 58 (84).

Keine Änderungen gab es in der 8., 9. und 15. Wahlperiode.

Der längste Abstand zwischen den Verabschiedungen von Grundgesetzänderungen im Bundestag lag zwischen der 34. und der 35. Grundgesetzänderung; er betrug 89 Monate. Achtmal fanden Verabschiedungen von Änderungen innerhalb desselben Monats statt. Erwähnenswert ist auch, dass das 6. Änderungsgesetz vor dem 5., das 24. Änderungsgesetz vor dem 23. und das 26. Änderungsgesetz vor dem 25. Änderungsgesetz im Bundestag verabschiedet wurde.

Sehr knapp fielen das 3. und das 5. Änderungsgesetz aus: Hier wurde in Art. 107 GG jeweils nur eine Jahreszahl geändert.

Das 17. Änderungsgesetz (Notstandsverfassung) hat die meisten Artikel, nämlich 28, geändert. Beim 52. Änderungsgesetz (Föderalismusreform I) waren 25 Artikel betroffen.

In einem Fall wurde das Inkrafttreten und das Außerkrafttreten einer Grundgesetzänderung in ein und demselben Änderungsgesetz geregelt (65. Änderungsgesetz betreffend Art. 143h GG – Ausgleich von Mindereinnahmen der Länder und Gemeinden im Zuge der COVID-19-Pandemie).

4. Änderungen der Grundrechte

Von den insgesamt 67 verfassungsändernden Gesetzen mit insgesamt 237 Einzeländerungen be-
trafen wie bereits erwähnt lediglich sieben Gesetze mit 16 Einzeländerungen den Grundrechtsab-
schnitt.

4.1. Erläuterung zur Auswertung

Die Grundrechte wurden anders als in der Weimarer Reichsverfassung an den Anfang des Grund-
gesetzes gestellt, „weil klar zum Ausdruck kommen sollte, dass die Rechte, deren der Einzel-
mensch bedarf, wenn anders er in Würde und Selbstachtung soll leben können, die Verfassungs-
wirklichkeit bestimmen müssen“².

Der Begriff „Grundrechte“ bezieht sich formal auf diesen ersten Abschnitt des Grundgesetzes („I.
Die Grundrechte“), der die Art. 1 bis 19 GG umfasst (Grundrechte im engeren Sinne). Hierin sind
allerdings nicht allein grundrechtliche Gewährleistungen, sondern auch ergänzende und begren-
zende Bestimmungen enthalten.³ Sachlich gehören zu den Grundrechten auch alle in Art. 93
Abs. 1 Nr. 4a GG (Verfassungsbeschwerde) erwähnten sog. grundrechtsgleichen Rechte, Art. 20
Abs. 4 GG (Widerstandsrecht), Art. 33 GG (Gleichstellung als Staatsbürger, öffentlicher Dienst),
Art. 38 GG (Wahl) und die Justizgrundrechte der Art. 101, 103 und 104 GG, soweit sie die Recht-
stellung des Einzelnen schützen.⁴ Zusammen mit den Grundrechten des Grundrechtskatalogs

2 Abg. Dr. C. Schmidt, Parl. Rat-Plenum, Sten. Ber. S. 171, zitiert nach Stern, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. III, 1988, § 60 III 4, S. 163 Fn. 180.

3 Sachs, in: ders., Grundgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2021, Vor Art. 1 Rn. 17.

4 Sachs, in: ders., Grundgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2021, Vor Art. 1 Rn. 17.

bilden sie die Grundrechte im weiteren Sinne.⁵ Hinzu kommen grundrechtsähnliche Rechte, die zwar nicht mit der Verfassungsbeschwerde verteidigt werden können, aber in ihrem materiellen Gehalt mit den Grundrechten vergleichbar sind, wie z. B. Art. 21 Abs. 1 Satz 2 GG (Gründungsfreiheit der Parteien) und Art. 48 GG (Urlaubsanspruch, Behinderungsverbot, Entschädigungs- und Beförderungsanspruch der Abgeordneten).⁶

Die nachfolgende Auswertung erfasst nur den Katalog der Art. 1 bis 19 GG, der auch nach allgemeinem Sprachgebrauch in erster Linie mit dem Begriff „Grundrechte“ assoziiert wird.

4.2. Umfang der Grundrechtsartikel

Kürzester Artikel des Grundrechtskatalogs ist Art. 17 GG (Petitionsrecht [26 Wörter⁷]). Der ursprünglich wortreichste war mit 189 Wörtern der Artikel 7 GG (Schulwesen). Er wurde textmäßig deutlich „übereignet“ durch die später eingefügten bzw. ergänzten Art. 12a GG (Wehr- und Ersatzdienstpflicht [364 Wörter - nunmehr längster Grundrechtsartikel]), Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung [334 Wörter]) und Art. 16a GG (Asylrecht [275 Wörter]).

4.3. Änderungszusammenhang und Entwicklung der Grundrechtsdogmatik

Die Änderungszusammenhänge lassen sich – chronologisch nach Änderungsgesetzen geordnet – wie folgt zusammenfassen:⁸

- Im Rahmen der Wehrverfassung (7. Änderungsgesetz - 1956) wurden Art. 1 Abs. 3 GG (Grundrechtsbindung) und Art. 12 GG (Berufsfreiheit) geändert sowie Art. 17a GG (Grundrechtseinschränkungen bei Dienstverpflichteten) eingefügt.
- Die Notstandsverfassung (17. Änderungsgesetz - 1968) beinhaltete Änderungen der Art. 9 Abs. 3 GG (Vereinigungsfreiheit), Art. 10 GG (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis), Art. 11 GG (Freizügigkeit), Art. 12 GG (Berufsfreiheit, Verbot der Zwangsarbeit) und Art. 19 Abs. 4 GG (Einschränkung von Grundrechten). Aufgenommen wurde Art. 12a GG (Wehr- und Dienstpflicht).
- Im Zuge der Asylrechtsreform (39. Änderungsgesetz - 1993) wurde der ursprüngliche Regelungsbereich des Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG in einen neuen Art. 16a GG (Asylrecht) verlagert und Art. 18 GG (Verwirkung von Grundrechten) angepasst.

5 Jarass, in: Jarass/Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Kommentar, 17. Aufl. 2022, Vorb. Vor Art. 1 Rn. 1.

6 Die sog. Staatszielbestimmungen etwa in Art. 20a GG (Klimaschutz und Tierschutz) zählen hingegen nicht zu den Grundrechten oder grundrechtsgleichen Rechten. Denn diese begründen keine unmittelbaren subjektiven Rechte und Pflichten Einzelner, sondern objektive Verpflichtungen des Staates, vgl. Sommermann, in: v. Münch/Kunig, Grundgesetz, Kommentar, 7. Aufl. 2021, Art. 20a Rn. 4, 20.

7 Angabe der Wortanzahl (exklusive der Absatznummerierung) ermittelt mithilfe der Wortzählfunktion von Microsoft Word.

8 Vgl. auch Sachs, in: ders., Grundgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2021, Vor Art. 1 Rn. 13-15.

-
- Nach der Wiedervereinigung sah man die Notwendigkeit, das Grundgesetz den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. In diesem Zusammenhang wurden auch vielfältige Vorschläge zur Erweiterung des Grundrechtskatalogs diskutiert. Gemäß den Empfehlungen der Gemeinsamen Verfassungskommission kam es letztlich (42. Änderungsgesetz – 1994) nur zur Aufnahme des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG (Förderung der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter) und einer Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG um einen Satz 2 (Diskriminierungsverbot für Behinderte).
 - Mit einer Änderung des Art. 13 GG (Unverletzlichkeit der Wohnung) wurde der sog. Große Lauschangriff auf eine verfassungsrechtliche Grundlage gestellt (45. Änderungsgesetz - 1998).
 - Art. 16 Abs. 2 GG wurde um einen qualifizierten Gesetzesvorbehalt ergänzt (47. Änderungsgesetz - 2000), um eine gesetzliche Regelung betreffend die Auslieferung Deutscher an einen Mitgliedstaat der EU oder an einen internationalen Gerichtshof abweichend vom Auslieferungsverbot zu ermöglichen.
 - Die Ermöglichung des freiwilligen Dienstes von Frauen mit der Waffe in der Bundeswehr wurde mit einer Änderung des Art. 12a Abs. 4 Satz 2 GG ausdrücklich im Grundgesetz verankert (48. Änderungsgesetz - 2000).

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Grundrechtskatalog im Vergleich zum Grundgesetz als Ganzem nur wenig geändert wurde.⁹ Die Geschichte der Grundrechte des Grundgesetzes ist nur in geringem Umfang eine Historie der Verfassungsänderung.¹⁰

Der weitaus größere Teil der Entwicklungen des ersten Abschnittes beruht auf der Verfassungsauslegung, die maßgeblich durch das Bundesverfassungsgericht bestimmt wurde. Viele abstrakt anmutende und mitunter für den juristischen Laien eher wenig verständliche Grundbegriffe der Grundrechtsdogmatik – Schutzbereich, Eingriff, Schranke, Schranken-Schranken, Verhältnismäßigkeit, praktische Konkordanz, Wesentlichkeit etc. – wurden durch Lehre und Rechtsprechung geprägt.¹¹ Gleiches gilt für die Konkretisierung des Schutzzumfangs der Grundrechte im Einzelnen. Exemplarisch sei hier vor allem die umfangreiche Auslegung zu Art. 2 Abs. 1 GG (Allgemeine Handlungsfreiheit) – sog. Auffanggrundrecht¹² – erwähnt. Jedenfalls vom Schutzbereich dieses Grundrechts erfasst ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts etwa auch

9 Sachs, in: ders., Grundgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2021, Vor Art. 1 Rn. 13.

10 Hufen, Entstehung und Entwicklung der Grundrechte, NJW 1999, 1504 (1507).

11 Hufen, a.a.O.

12 Vgl. Rixen, in: Sachs, Grundgesetz, Kommentar, 9. Aufl. 2021, Art. 2 Rn. 51.

das Füttern von Tauben als Äußerungsform von Tierliebe¹³ und das Reiten im Walde^{14, 15} Sprachlich zumindest bemerkenswert sind auch weitere Ausprägungen des Art. 2 Abs. 1 GG: Als „Unterfälle“ des „allgemeinen Persönlichkeitsrechts“ aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 GG (Menschenwürde) hat das Bundesverfassungsgericht das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“¹⁶ und in seiner Entscheidung zur Online-Durchsuchung das „Recht auf Gewährung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme“¹⁷ entwickelt. Auch mit seiner Rechtsprechung zu Art. 3 GG hat das Bundesverfassungsgericht die Grundrechtsdogmatik maßgeblich geprägt. So entwickelte es etwa ein weitreichendes Verbot der Diskriminierung aufgrund der „sexuellen Identität“ auf Grundlage des allgemeinen Gleichheitsgebots in Art. 3 Abs. 1 GG,¹⁸ auch wenn diese nicht vom Katalog der besonderen Gleichheitssätze der Abs. 2 und 3 des Art. 3 GG umfasst ist.¹⁹

5. Tabellarische Übersicht über alle Änderungen des Grundgesetzes seit 1949

Die laufenden Nummern zu den Änderungsgesetzen und die Überschriften der Artikel des Grundgesetzes sind fast ausschließlich nichtamtliche, redaktionelle Angaben und durch eckige Klammern gekennzeichnet. In Anlage 1 sind (absteigend nach Wahlperioden sortiert) der amtliche Titel des (Änderungs-)Gesetzes, die Initianten²⁰, der wesentliche Inhalt, wichtige Daten²¹ und das Abstimmungsergebnis abgebildet. Die Angaben zu den Änderungen bis zur 19. Wahlperiode wurden im Wesentlichen aus der Ausarbeitung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, „Änderungen des Grundgesetzes seit 1949 – Inhalt, Datum, Abstimmungsergebnis und Textvergleich“, [WD 3 - 3000 - 380/09](#), vom 18. November 2009 übernommen, die auch schon

13 BVerfG, Beschluss vom 23.05.1980 – 2 BvR 854/79, BVerfGE 54, 143 (146).

14 BVerfG, Beschluss vom 06.06.1989 – 1 BvR 921/85, BVerfGE 80, 137 (154 ff.).

15 In den genannten Fällen wurde die Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen („Taubenfütterungsverbot“) bzw. zurückgewiesen („Reiten im Walde“). Das Bundesverfassungsgericht weist etwa in seiner Entscheidung zum Reiten im Walde darauf hin, dass die allgemeine Handlungsfreiheit allerdings nur in den Schranken des zweiten Halbsatzes von Art. 2 Abs. 1 GG gewährleistet sei und damit insbesondere unter dem Vorbehalt der verfassungsmäßigen (Rechts-)Ordnung stehe (BVerfGE 80, 137, 153).

16 BVerfG Urteil vom 15.12.1983 – 1 BvR 209/83, 1 BvR 269/83, 1 BvR 362/83, 1 BvR 420/83, 1 BvR 440/83, 1 BvR 484/83, BVerfGE 65, 1 (41 ff.); seither st. Rspr.

17 BVerfG, [Urteil vom 27.02.2008 - 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07](#), BVerfGE 120, 274.

18 BVerfG, [Beschluss vom 10.10.2017 – 1 BvR 2019/16](#), BVerfGE 147, 1.

19 Eine Gesetzesinitiative zur Aufnahme der „sexuellen Identität“ in Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG (BT-Drs. [19/13123](#)) erledigte sich durch Ablauf der 19. Wahlperiode und wurde seither nicht erneut aufgegriffen. Anders als noch im Koalitionsvertrag der die Regierung tragenden Parteien der SPD, GRÜNE und FDP anvisiert, ist in dieser Wahlperiode auch keine Ersetzung des Begriffes der „Rasse“ durch die Formulierung „aus rassistischen Gründen“ mehr geplant, vgl. Rheinische Post, [„Rasse“ wird nicht aus Grundgesetz gestrichen](#), 08.02.2024.

20 Sofern Initiativen von Bundestagsfraktionen stammen, werden diese mittels der gebräuchlichen Abkürzungen bezeichnet.

21 Beschlussfassung im Bundestag, Sitzungsnummer, Ausfertigung, Verkündung und Inkrafttreten.

der Auswertung in der durch den hiesigen Infobrief aktualisierten Ausarbeitung „60 Jahre Grundgesetz – Zahlen und Fakten“, [WD 3 - 3000 - 381/09](#), vom 26. November 2009 zugrunde lag.

Zentrale Quelle ist das Datenhandbuch des Deutschen Bundestages²²; der dortige Aufbau und die Informationen sind – bis auf Sitzungsnummern und Abstimmungsergebnisse – übernommen worden. Drucksachen sind im Datenhandbuch erst ab der 45. Grundgesetzänderung (Ende der 13. Wahlperiode) verzeichnet; für die vorherigen wurden die entsprechenden Nummern zusammen mit den Abstimmungsergebnissen vervollständigt. Die Abstimmungsergebnisse lassen sich für die 12. bis 16. Wahlperiode im Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge ([DIP](#)) aufrufen. Die Abstimmungsergebnisse für die 3. bis 11. Wahlperiode wurden anhand der Amtlichen Protokolle²³ recherchiert, die Abstimmungsergebnisse für die 1. und 2. Wahlperiode anhand der Stenographischen Berichte, da erst ab der 3. Wahlperiode begonnen wurde, Amtliche Protokolle zu fertigen. Für den Fall, dass lediglich „angenommen“ in der Tabelle vermerkt ist, bedeutet dies, dass die nach Art. 79 Abs. 2 GG erforderliche Mehrheit erreicht worden ist, das genaue Ergebnis aber nicht ermittelt werden konnte. Der „Änderungsanlass“ kann nicht dargestellt werden; zu vielfältig sind Impulse bzw. Anlässe für Normsetzung²⁴, das gilt auch für Grundgesetzänderungen. Denkbar ist außerdem, dass verschiedene Anlässe zu einer Änderung führen. Deshalb wird – ebenfalls wie im Datenhandbuch – der Begriff „[Änderungs-]Inhalt“ verwendet, aus dem sich in Einzelfällen auch ein Anlass ableiten lassen kann, wie etwa bei Grundgesetzänderungen für die weitere europäische Integration oder bei der Wiedervereinigung.

22 Deutscher Bundestag, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, begründet von Schindler, fortgeführt von Feldkamp, online in der aktuellen Fassung sowie in allen Printfassungen abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/datenhandbuch>.

23 Ab der 14. Wahlperiode online verfügbar unter: http://www.bundestag.de/bic/a_prot/index.html.

24 Zusammenfassend Hölscheidt/Menzenbach, Normsetzung auf inner- und überstaatlicher Ebene, Jura 2008, 574 (574 f. m. w. N.).

Nr.	Gesetzesänderung	Initiative	Änderungsinhalt	Änderungsdatum	Abstimmungsergebnis im BT
-----	------------------	------------	-----------------	----------------	---------------------------

20. Wahlperiode (seit 2021)					
67.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82)	Regierungsvorlage (Drs. 20/2729)	Ablösung der allein verbindlichen Papierfassung des Bundesgesetzblattes durch Verkündung auf einer digitalen Verkündungsplattform des Bundes: Einführung eines Gesetzesvorbehaltes betreffend elektronischer Verkündung auch von Gesetzen; Änderung Art. 82 GG.	Verabschiedet im BT: 01.12.2022 (73. Sitzung) Gesetz vom 19.12.2022 Verkündet am 23.12.2022 BGBl. I 2022, S. 2478 Inkrafttreten am 24.12.2022	592 Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 69 Enthaltungen
66.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a)	Regierungsvorlage (Drs. 20/1410)	Ermächtigung des Bundes zur Errichtung eines Sondervermögens mit eigener Kreditermächtigung bis zu 100 Mrd. Euro zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit und Ertüchtigung der Streitkräfte außerhalb der Kreditobergrenzen der Schuldenregel.	Verabschiedet im BT: 03.06.2022 (42. Sitzung) Gesetz vom 28.06.2022 Verkündet am 30.06.2022 BGBl. I 2022, S. 968 Inkrafttreten am 01.07.2022	576 Ja-Stimmen 96 Nein-Stimmen 20 Enthaltungen

19. Wahlperiode (2017-2021)					
65.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h)	CDU/CSU, SPD (Drs. 19/20595)	Finanzielle Entlastung der Kommunen ab 2020 durch dauerhaft höhere Beteiligung des Bundes an den Hartz-IV-Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie einmalige gezielte Hilfe anlässlich der COVID-19-Pandemie durch eine Ausnahmeregelung zur hälftigen Beteiligung an Entlastungsmaßnahmen der Länder zum kurzfristigen pauschalen Ausgleich massiver Gewerbesteuermindereinnahmen.	Verabschiedet im BT: 17.09.2020 (176. Sitzung) Gesetz vom 29.09.2020 Verkündet am 07.10.2020 BGBl. I 2020, S. 2048 Inkrafttreten am 08.10.2020	571 Ja-Stimmen 67 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
64.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b)	CDU/CSU, SPD (Drs. 19/11084)	Uneingeschränkte konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Neuregelung des Grundsteuer- und Bewertungsrechts bei gleichzeitiger Ermächtigung der Länder zu abweichenden landesrechtlichen Regelungen.	Verabschiedet im BT: 18.10.2019 (119. Sitzung) Gesetz vom 15.11.2019 Verkündet am 20.11.2019 BGBl. I 2019, S. 1546 Inkrafttreten am 21.11.2019	495 Ja-Stimmen 139 Nein-Stimmen 10 Enthaltungen
63.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e)	Regierungsvorlage (Drs. 19/3340)	Aufhebung der Beschränkung der Finanzhilfekompetenz des Bundes zur Mitfinanzierung von Investitionen auf finanzschwache Kommunen, damit Erweiterung der Möglichkeit des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen bei Investitionen in kommunale Bildungsinfrastruktur,	Verabschiedet im BT: 21.02.2019 (83. Sitzung) Gesetz vom 28.03.2019 Verkündet am 03.04.2019	578 Ja-Stimmen 87 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

			insbesondere Ganztags- und Betreuungsschul- und Beratungsangebote, Digitalisierung und berufliche Schulen, Ermöglichung zweckgebundener Finanzhilfen für gesamtsstaatlich bedeutsame Investitionen der Länder und Kommunen im sozialen Wohnungsbau, Möglichkeit sofortiger Erhöhung und Dynamisierung von Mitteln zur Gemeindeverkehrsfinanzierung, Öffnungsklausel im Bereich Bundesverkehrsstraßenverwaltung betr. Planfeststellung und Plangenehmigung.	BGBI. I 2019, S. 404 Inkrafttreten am 04.04.2019	
18. Wahlperiode (2013-2017)					
62.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g)	Regierungsvorlage (Drs. 18/11131)	Neuregelung der bundesstaatlichen Finanzbeziehungen nach Außerkrafttreten der Regelungen im Maßstäbengesetz und Finanzausgleichsgesetz Ende 2019 sowie Verbesserung der Erledigung der staatlichen Aufgaben in der föderalen Ordnung: Reform des bisher mehrstufigen Finanzausgleichssystems, Neuregelungen betreffend Ausgleich der unterschiedlichen Finanzkraft, Gemeindefinanzen, Forschungsförderung, Finanzhilfe Seehäfen, Gemeindeverkehrsfinanzierung, Sanierungshilfen für Saarland und Bremen, Stärkung des Stabilitätsrates, bundesweiter Online-Portalverbund für Verwaltungsleistungen, Bau und Betrieb von Bundesautobahnen, Mittelsteuerung zur Investitionsförderung,	Verabschiedet im BT: 01.06.2017 (237. Sitzung) Gesetz vom 13.07.2017 Verkündet am 19.07.2017 BGBI. I 2017, S. 2347 Inkrafttreten am 20.07.2017	455 Ja-Stimmen 87 Nein-Stimmen 61 Enthaltungen

			Prüf- und Kontrollrechte bei Mitfinanzierung von Länderaufgaben, Informationstechnik in der Steuerverwaltung.		
61.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21)	CDU/CSU, SPD (Drs. 18/12357)	Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der staatlichen Finanzierung und von steuerlichen Begünstigungen, Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts betreffend Entscheidung über den Ausschluss von der Parteienfinanzierung.	Verabschiedet im BT: 22.06.2017 (240. Sitzung) Gesetz vom 13.07.2017 Verkündet am 19.07.2017 BGBl. I 2017, S. 2346 Inkrafttreten am 20.07.2017	502 Ja-Stimmen 57 Nein-Stimmen 20 Ja-Stimmen
60.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b)	Regierungsvorlage (Drs. 18/2710)	Erweiterung der verfassungsrechtlichen Möglichkeit von Bund und Ländern zur Kooperation im Wissenschaftsbereich im Rahmen einer Gemeinschaftsaufgabe, Ermöglichung einer langfristigen Förderung von Forschungseinrichtungen mit überregionaler Bedeutung unabhängig von ihrer institutionellen Anbindung an eine Hochschule oder an eine außeruniversitäre Einrichtung sowie eines umfassenderen Zusammenwirkens bei der Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre (ausdrückliche Klarstellung).	Verabschiedet im BT: 13.11.2014 (66. Sitzung) Gesetz vom 23.12.2014 Verkündet am 31.12.2014 BGBl. I 2014, S. 2438 Inkrafttreten am 01.01.2015	482 Ja-Stimmen 54 Nein-Stimmen 56 Enthaltungen

17. Wahlperiode (2009-2013)					
59.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 93)	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU/CSU, FDP, SPD (Drs. 17/9392)	Stärkung des wahlvorgelagerten Rechtsschutzes durch Eröffnung des Rechtswegs mit Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei Verweigerung der Anerkennung als politische Partei durch den Bundeswahlausschuss.	Verabschiedet im BT: 24.05.2012 (181. Sitzung) Gesetz vom 11.07.2012 Verkündet am 16.07.2012 BGBl. I 2012, S. 1478 Inkrafttreten am 17.07.2012	510 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 66 Enthaltungen
58.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e)	Regierungsvorlage (Drs. 17/1939)	Neuregelung der Betreuungszuständigkeit auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende: Zusammenwirken von Bund und Ländern bzw. Gemeinden in gemeinsamen Einrichtungen als sogenannte Mischverwaltung zur Aufrechterhaltung der Betreuung und Leistungserbringung aus einer Hand auch über den 31. Dezember 2010 hinaus sowie alleinige Aufgabenwahrnehmung durch eine begrenzte Anzahl von Gemeinden auf Antrag als zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen) unter Kostenübernahme des Bundes.	Verabschiedet im BT: 17.06.2010 (49. Sitzung) Gesetz vom 21.07.2010 Verkündet am 26.07.2010 BGBl. I 2010, S. 944 Inkrafttreten am 27.07.2010	515 Ja-Stimmen 71 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

16. Wahlperiode (2005-2009)					
57.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d)	CDU/CSU, SPD (Drs. 16/12410)	Modernisierung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern (Föderalismusreform II): Begrenzung der Verschaffung von Einnahmen aus Krediten für Bund und Länder, Gesetzgebungskompetenz zur Errichtung und Ausgestaltung des Verfahrens zur Vermeidung von Haushaltsnotlagen (Stabilitätsrat), Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern im Bereich der Informationstechnik sowie des Zusammenwirkens bei Leistungsausgleich in der öffentlichen Verwaltung.	Verabschiedet im BT: 29.05.2009 (225. Sitzung) Gesetz vom 29.07.2009 Verkündet am 31.07.2009 BGBl. I 2009, S. 2248 Inkrafttreten am 01.08.2009	418 Ja-Stimmen 109 Nein-Stimmen 48 Enthaltungen
56.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87d)	Regierungsvorlage, textidentisch eingebracht von CDU/CSU, SPD (Drs. 16/13105, 16/12280)	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für eine uneingeschränkte deutsche Beteiligung an der Herstellung eines Einheitlichen Europäischen Luftraums.	Verabschiedet im BT: 28.05.2009 (224. Sitzung) Gesetz vom 29.07.2009 Verkündet am 31.07.2009 BGBl. I 2009, S. 2247 Inkrafttreten am 01.08.2009	459 Ja-Stimmen 59 Nein-Stimmen 44 Enthaltungen
55.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45d)	CDU/CSU, SPD, FDP (Drs. 16/12412)	Verankerung des Parlamentarischen Kontrollgremiums im Grundgesetz.	Verabschiedet im BT: 29.05.2009 (225. Sitzung) Gesetz vom 17.07.2009	445 Ja-Stimmen

				Verkündet am 22.07.2009 BGBl. I 2009, S. 1977 Inkrafttreten am 23.07.2009	54 Nein-Stimmen 29 Enthaltungen
54.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108)	CDU/CSU, SPD (Drs. 16/11741)	Umsetzung von Teilen des „Paktes für Beschäftigung und Stabilität für Deutschland“: Übertragung der Ertragskompetenz für die Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund, Kompensation durch jährlichen Festbetrag für die Länder, Schaffung der Voraussetzungen für die Fortentwicklung einer verkehrsmittelbezogenen Besteuerung, Übertragung der Verwaltungskompetenz an den Bund.	Verabschiedet im BT: 13.02.2009 (206. Sitzung) Gesetz vom 19.03.2009 Verkündet am 25.03.2009 BGBl. I 2009, S. 606 Inkrafttreten am 26.03.2009 (Artikel 1 Nr. 2 bis 4), im Übrigen am 01.07.2009	562 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
53.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93)	CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/8488)	Anpassungen des Grundgesetzes an die Regelungen des Gesetzes über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union; Ergänzung Art. 23 GG: Verankerung des Rechts des Bundestages und des Bundesrates auf Erhebung der sog. Subsidiaritätsklage im Grundgesetz, Einführung einer Pflicht des Bundestages zur Erhebung einer Subsidiaritätsklage bei Antrag eines Viertels seiner Mitglieder, Zulassung von Modifizierungen des Mehrheitsprinzips für die	Verabschiedet im BT: 24.04.2008 (157. Sitzung) Gesetz vom 08.10.2008 Verkündet am 16.10.2008 BGBl. I 2008, S. 1926 Inkrafttreten am 01.12.2009	519 Ja-Stimmen 8 Nein-Stimmen 49 Enthaltungen

			Beschlussfassungen von Bundestag und Bundesrat über die Wahrnehmung der ihnen in den vertraglichen Grundlagen der EU eingeräumten Rechte durch Gesetz; Ergänzung Art. 45 GG: Ermächtigung des Ausschusses für die Angelegenheiten der EU zur Wahrnehmung der Rechte des Bundestages gegenüber der EU; Änderung Art. 93 GG: Anpassung des für Normenkontrollanträge aus der Mitte des Bundestages vor dem Bundesverfassungsgericht maßgebenden Quorums an das für die Erhebung der Subsidiaritätsklage vor dem Europäischen Gerichtshof vorgesehene Quorum eines Viertels der Mitglieder des Bundestages.		
52.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c)	CDU/CSU, SPD (Drs. 16/813)	Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung (Föderalismusreform I): Reform der Mitwirkungsrechte des Bundesrates durch Neubestimmung der Zustimmungsbefähigung von Bundesgesetzen, Reform der Gesetzgebungskompetenz durch Abschaffung der Rahmengesetzgebung und Neuordnung des Katalogs der konkurrierenden Gesetzgebung, klarere Zuordnung der Finanzverantwortung durch Abbau von Mischfinanzierungen und Neufassung der Möglichkeiten für Finanzhilfen des Bundes.	Verabschiedet im BT: 30.06.2006 (44. Sitzung) Gesetz vom 28.08.2006 Verkündet am 31.08.2006 BGBl. I 2006, S. 2034 Inkrafttreten am 01.09.2006	428 Ja-Stimmen 161 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

15. Wahlperiode (2002-2005)					
	Keine Änderungen				
14. Wahlperiode (1998-2002)					
51.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96)	Regierungsvorlage (Drs. 14/8994)	Konzentration der bisher nur für Völkermord geltenden erstinstanzlichen Verfolgungszuständigkeiten für Straftaten des Völkerstrafgesetzbuches bei den Oberlandesgerichten und auf staatsanwaltlicher Seite beim Generalbundesanwalt, enumerative Aufzählung der Straftaten.	Verabschiedet im BT: 14.06.2002 (243. Sitzung) Gesetz vom 26.07.2002 Verkündet am 31.07.2002 BGBl. I 2002, S. 2863 Inkrafttreten am 01.08.2002	531 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
50.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz)	SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP (Drs. 14/8860)	Ausdrückliche Verankerung des Tierschutzes als Staatsziel im Grundgesetz.	Verabschiedet im BT: 17.05.2002 (237. Sitzung) Gesetz vom 26.07.2002 Verkündet am 31.07.2002 BGBl. I 2002, S. 2862 Inkrafttreten am 01.08.2002	542 Ja-Stimmen 19 Nein-Stimmen 15 Enthaltungen

49.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 108)	Regierungsvorlage (Drs. 14/6144)	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für einen (fakultativ) zweistufigen Aufbau von Bundes- und Landesfinanzbehörden.	Verabschiedet im BT: 29.06.2001 (180. Sitzung) Gesetz vom 26.11.2001 Verkündet am 29.11.2001 BGBl. I 2001, S. 3219 Inkrafttreten am 30.11.2001	572 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 1 Enthaltung
48.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a)	SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP (Drs. 14/4380)	Ermöglichung des freiwilligen Dienstes von Frauen mit der Waffe in der Bundeswehr.	Verabschiedet im BT: 27.10.2000 (128. Sitzung) Gesetz vom 19.12.2000 Verkündet am 22.12.2000 BGBl. I 2000, S. 1755 Inkrafttreten am 23.12.2000	512 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 26 Enthaltungen
47.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16)	Regierungsvorlage (Drs. 14/2668)	Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung betr. die Auslieferung Deutscher an einen internationalen Gerichtshof oder an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union in Abweichung vom generellen Auslieferungsverbot.	Verabschiedet im BT: 27.10.2000 (128. Sitzung) Gesetz vom 29.11.2000 Verkündet am 1.12.2000 BGBl. I 2000, S. 1633 Inkrafttreten am 2.12.2000	528 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 2 Enthaltungen

13. Wahlperiode (1994-1998)					
46.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 39)	CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP (Drs. 13/9393)	Festlegung der Wahltermine zur Neuwahl des Bundestages für die kommenden Wahlperioden auf einen Zeitraum zwischen Mitte Oktober und Anfang November, beginnend mit der 14. Wahlperiode.	<p>Verabschiedet im BT: 28.05.1998 (238. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 16.7.1998</p> <p>Verkündet am 22.7.1998</p> <p>BGBI. I 1998, S. 1822</p> <p>Inkrafttreten am 27.10.1998</p>	<p>613 Ja-Stimmen</p> <p>1 Nein-Stimme</p> <p>0 Enthaltung</p>
45.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13)	CDU/CSU, SPD, FDP (Drs. 13/8650)	Schaffung einer verfassungsrechtlichen Grundlage für den Einsatz technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen zum Zweck der Strafverfolgung; Bestimmung der Voraussetzungen für den Einsatz; Regelungen zum Schutz der bei einem polizeilichen Einsatz in Wohnungen tätigen Personen sowie Sicherstellung der parlamentarischen Kontrolle durch Berichtspflicht der Bundesregierung.	<p>Verabschiedet im BT: 16.01.1998 (214. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 26.03.1998</p> <p>Verkündet am 31.03.1998</p> <p>BGBI. I 1998, S. 610</p> <p>Inkrafttreten am 01.04.1998</p>	<p>452 Ja-Stimmen</p> <p>184 Nein-Stimmen</p> <p>5 Enthaltungen</p>
44.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 und 106)	Regierungsvorlage (Drs. 13/1685) eingebracht von CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlage für eine Beteiligung der Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen als Ausgleich für die durch eine Gewerbesteuerreform entstehenden Steuerausfälle.	<p>Verabschiedet im BT: 11.09.1997 (189. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 20.10.1997</p> <p>Verkündet am 24.10.1997</p>	<p>618 Ja-Stimmen</p> <p>0 Nein-Stimmen</p> <p>2 Enthaltungen</p>

		GRÜNEN, FDP (Drs. 13/8340)		BGBI. I 1997, S. 2470 Inkrafttreten am 25.10.1997	
43.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 13/2245)	Dauerhafte Sicherung der bisherigen Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern im Zusammenhang mit der Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 1. Januar 1996.	Verabschiedet im BT: 21.09.1995 (55. Sitzung) Gesetz vom 03.11.1995 Verkündet am 10.11.1995 BGBI. I 1995, S. 1492 Inkrafttreten am 11.11.1995	541 Ja-Stimmen 64 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen
12. Wahlperiode (1990-1994)					
42.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a)	Interfraktionelle Vorlage (in der Fassung der Beschlussempfehlung des Vermittlungsausschusses) (Drs. 12/8423)	Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern durch den Staat sowie Benachteiligungsverbot für Behinderte (Art. 3); Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durch den Staat (Art. 20 a); Gewährleistung der finanziellen Eigenverantwortung bei der Selbstverwaltung (Art. 28); Änderung der Regelungen bei einer Neugliederung der Länder (u. a. Regelung durch Staatsvertrag) (Art. 29); Neufassung der Regelungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung (Art. 72 und 74); Änderungen im Bereich der Rahmengesetzgebungskompetenz (Art. 75); Änderungen bei der Rolle des Bundesrats in der Gesetzgebung	Verabschiedet im BT: 06.09.1994 (241. Sitzung) Gesetz vom 27.10.1994 Verkündet am 03.11.1994 BGBI. I 1994, S. 3146 Inkrafttreten am 15.11.1994	571 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

			(Art. 76 und 77); Änderung der Rolle des Bundesrats beim Erlass von Rechtsverordnungen (Art. 80); Regelung der Landeszuständigkeit für Sozialversicherungsträger (Art. 87); Änderung im Bereich der Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts bei Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Voraussetzungen für die konkurrierende Gesetzgebung (Art. 93); Regelungen für die Neugliederung der Länder Berlin und Brandenburg (Art. 118a); Fortgeltung von Bundesrecht als Landesrecht (Art. 125a).		
41.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. 12/7269)	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Privatisierung von Dienstleistungen im Bereich des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz).	Verabschiedet im BT: 29.06.1994 (237. Sitzung) Gesetz vom 30.08.1994 Verkündet am 02.09.1994 BGBl. I 1994, S. 2245 Inkrafttreten am 03.09.1994	470 Ja-Stimmen 92 Nein-Stimmen 21 Enthaltungen
40.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. 12/5015)	Bahnstrukturreform: Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Neuordnung des Eisenbahnwesens, insbesondere zur Umwandlung der Eisenbahnen des Bundes in handelsrechtliche Gesellschaften, Verbleib der Mehrheitsanteile bei der Privatisierung beim Bund, Berücksichtigung des Wohls der	Verabschiedet im BT: 02.12.1993 (196. Sitzung) Gesetz vom 20.12.1993 Verkündet am 22.12.1993	558 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 4 Enthaltungen

			Allgemeinheit, Übertragung des Personennahverkehrs auf die Länder, Steueranteil der Länder zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Verwaltungszuständigkeit des Bundes für den Verkehr auf den bisherigen Schienennetzen und Zuweisung von Bundesbeamten zu den privatrechtlich organisierten Eisenbahnen des Bundes.	BGBI. I 1993, S. 2089 Inkrafttreten am 23.12.1993	
39.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18)	CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. 12/4152)	Beibehaltung des Individualgrundrechts auf Asyl, Möglichkeit der Zurückweisung von Asylbewerbern bei Einreise aus sicheren Drittstaaten, Erstellung einer Liste von Nichtverfolgerstaaten, Regelung des Vollzugs aufenthaltsbeendender Maßnahmen, Ermöglichung der Ratifikation des Schengener Übereinkommens und des Dubliner Asylrechtsübereinkommens unter Übernahme aller daraus folgenden Rechte und Pflichten.	Verabschiedet im BT: 26.05.1993 (160. Sitzung) Gesetz vom 28.06.1993 Verkündet am 29.06.1993 BGBI. I 1993, S. 1002 Inkrafttreten am 30.06.1993	521 Ja-Stimmen 132 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
38.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. 12/3338)	Schaffung der verfassungsrechtlichen Grundlagen für die Ratifikation des Vertrages von Maastricht über die Europäische Union, Verankerung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland an der europäischen Integration als Staatsziel und der Rechte der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union im Grundgesetz; Unterrichtungspflicht der Bundesregierung sowie Verankerung der Mitwirkung des	Verabschiedet im BT: 02.12.1992 (126. Sitzung) Gesetz vom 21.12.1992 Verkündet am 24.12.1992 BGBI. I 1992, S. 2086 Inkrafttreten am 25.12.1992	547 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

			Bundestages in Angelegenheiten der Europäischen Union; Bestellung eines Ausschusses des Bundestages für die Angelegenheiten der Europäischen Union; Mitwirkung der Länder in Angelegenheiten der Europäischen Union; Bildung einer Europakammer des Bundesrates für Angelegenheiten der Europäischen Union; Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und Verpflichtung zur Sicherung der Preisstabilität.		
37.	Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	CDU/CSU, FDP (Drs. 12/1800)	Eröffnung der Möglichkeit zur Übertragung von Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung (Flugsicherung) an Gesellschaften mit privatrechtlichen Organisationsformen.	Verabschiedet im BT: 30.04.1992 (89. Sitzung) Gesetz vom 14.07.1992 Verkündet am 21.07.1992 BGBl. I 1992, S. 1254 Inkrafttreten am 22.07.1992	556 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen
11. Wahlperiode (1987-1990)					
36.	Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit	Regierungsvorlage, textidentisch eingebracht von CDU/CSU, FDP (Drs. 11/7841, 11/7760)	Änderung der Präambel des Grundgesetzes mit Vollendung der Einheit Deutschlands; Aufhebung von Art. 23 GG (Geltungsbereich des Grundgesetzes); Änderung von Art. 51 Abs. 2 GG betr. Stimmenverteilung im Bundesrat; Anfügung eines Abs. 2 an Art. 135 a GG betr. Verbindlichkeiten der DDR (u. a. als	Verabschiedet im BT: 20.09.1990 (226. Sitzung) Gesetz vom 23.09.1990 Verkündet am 28.09.1990	440 Ja-Stimmen 47 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

	Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990		Grundlage für die Regelung offener Vermögensfragen); Einfügung eines Art. 143 GG betr. Abweichung von Verfassungsnormen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR längstens bis zum 31. Dezember 1995; Änderung des Art. 146 GG betr. Verfassung für das ganze deutsche Volk.	BGBI. II 1990, S. 885 Inkrafttreten am 29.09.1990	
10. Wahlperiode (1983-1987)					
35.	Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21 Abs. 1)	CDU/CSU, FDP (Drs. 10/183)	Artikel 21 Abs. 1 Satz 4 GG wird in dem Sinne geändert, dass die Parteien über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihre Vermögen öffentlich Rechenschaft geben müssen.	Verabschiedet im BT: 01.12.1983 (40. Sitzung) Gesetz vom 21.12.1983 Verkündet am 23.12.1983 BGBI. I 1983, S. 1481 Inkrafttreten am 01.01.1984	453 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltung
9. Wahlperiode (1980-1983)					
	Keine Änderungen				
8. Wahlperiode (1976-1980)					
	Keine Änderungen				

7. Wahlperiode (1972-1976)					
34.	Vierunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 4a)	Bundesratsvorlage (dort eingebracht von Niedersachsen; Drs. 7/5101)	Durch Erweiterung der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes auf dem Gebiet des Sprengstoffrechts durch Grundgesetzänderung wird die Rechtsgrundlage für eine bundeseinheitliche Regelung im Rahmen des Sprengstoffrechts geschaffen.	Verabschiedet im BT: 01.07.1976 (256. Sitzung) Gesetz vom 23.08.1976 Verkündet am 27.08.1976 BGBl. I 1976, S. 2383 Inkrafttreten am 28.08.1976	374 Ja-Stimmen 5 Nein-Stimmen 0 Enthaltung
33.	Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39)	Zusammengeführt aus Regierungsvorlage und Initiative von CDU/CSU (Drs. 7/4958, 7/5307)	An die Stelle des bisherigen strikten Verfassungsauftrages zur Neugliederung nach Artikel 29 GG tritt eine „Kann“-Vorschrift. Eine Neugliederung gegen den mehrheitlichen Willen eines betroffenen Landes ist künftig nicht mehr möglich. Ein Gesamtvolksentscheid nach Artikel 29 Abs. 5 Satz 3 GG ist nicht mehr vorgesehen. Artikel 39 GG wird wie folgt geändert: Der Bundestag wird auf vier Jahre gewählt. Seine Wahlperiode endet mit dem Zusammentritt des neuen Bundestages. Die Neuwahl findet frühestens 45, spätestens 47 Monate nach Beginn der Wahlperiode statt. Im Falle einer Auflösung des Bundestages findet innerhalb von 60 Tagen die Neuwahl statt. Der neue Bundestag tritt	Verabschiedet im BT: 01.07.1976 (256. Sitzung) Gesetz vom 23.08.1976 Verkündet am 27.08.1976 BGBl. I 1976, S. 2381 Inkrafttreten am 28.8.1976 bzw. 14.12.1976	336 Ja-Stimmen 13 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

			spätestens am 30. Tag nach der Wahl zusammen.		
32.	Zweiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c)	Eingebracht interfraktionell (Drs. 7/580)	Dem Petitionsausschuss werden folgende Rechte eingeräumt: Auskunft und Aktenvorlage seitens der Bundesregierung und Verwaltung, Vernehmung von Bediensteten, Anhörung von Petenten, Zeugen und Sachverständigen, Wahrnehmung dieser Befugnisse auch außerhalb des Bundestages, Übertragung jener Rechte auf einzelne Ausschussmitglieder sowie Amtshilfe durch Gerichte und Verwaltungsbehörden.	Verabschiedet im BT: 27.02.1975 (152. Sitzung) Gesetz vom 15.07.1975 Verkündet am 18.07.1975 BGBl. I 1975, S. 1901 Inkrafttreten am 19.07.1975	381 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 5 Enthaltungen
6. Wahlperiode (1969-1972)					
31.	Einunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Zwei Entwürfe, davon eine Regierungsvorlage und eine Bundesratsvorlage (Drs. VI/1479, VI/2653)	Mögliche Unterstützung der zuständigen Landespolizei durch den Bundesgrenzschutz; Erweiterung der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung; Einführung einer konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz für den Bund auf dem Gebiet des Waffenrechts.	Verabschiedet im BT: 22.06.1972 (195. Sitzung) Gesetz vom 28.07.1972 Verkündet am 02.08.1972 BGBl. I 1972, S. 1305 Inkrafttreten am 03.08.1972	432 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 5 Enthaltungen
30.	Dreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 GG - Umweltschutz)	Regierungsvorlage (Drs. VI/1298, VI/2249)	Ausdehnung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf die Gebiete Abfallbeseitigung, Luftreinhaltung und Lärmbekämpfung.	Verabschiedet im BT: 02.03.1972 (172. Sitzung) Gesetz vom 12.04.1972	432 Ja-Stimmen

				Verkündet am 14.04.1972 BGBI. I 1972, S. 593 Inkrafttreten am 15.04.1972	0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
29.	Neunundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. VI/1010)	Die Ergänzung des Art. 74 Nr. 20 GG gibt dem Bund die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit für den Tier-schutz.	Verabschiedet im BT: 03.03.1971 (103. Sitzung) Gesetz vom 18.03.1971 Verkündet am 20.03.1971 BGBI. I 1971, S. 207 Inkrafttreten am 21.03.1971	428 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 7 Enthaltungen
28.	Achtundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74a GG)	Regierungsvorlage (Drs. VI/1009)	Umwandlung der für den Besoldungsbe-reich der Länder bestehenden Rahmen-kompetenz in eine konkurrierende Ge-setzgebungskompetenz: Der Bund erhält damit die volle (konkurrierende) Gesetz-gebungskompetenz für die Besoldung und Versorgung sowohl der Beamten als auch der Richter der Länder, Gemeinden und anderen landesrechtlichen Dienst-herren. Durch ausnahmslose Zustim-mungsbedürftigkeit des Bundesrates ist die Mitwirkung der Länder an diesen Gesetzen gesichert.	Verabschiedet im BT: 03.03.1971 (103. Sitzung) Gesetz vom 18.03.1971 Verkündet am 20.03.1971 BGBI. I 1971, S. 206 Inkrafttreten am 21.03.1971	404 Ja-Stim-men 16 Nein-Stim-men 11 Enthaltun-gen

27.	Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Drei Entwürfe, davon eine Regierungsvorlage, zwei von CDU/CSU (Drs. VI/70, VI /115, VI /304)	1) Herabsetzung des aktiven Wahlalters vom 21. auf das 18. Lebensjahr; Angleichung des passiven Wahlalters 2) Einbeziehung der pädagogischen Hochschulen und der Fachhochschulen in die mitwirkende Zuständigkeit des Bundes für Gemeinschaftsaufgaben.	Verabschiedet im BT: 18.06.1970 (60. Sitzung) Gesetz vom 31.07.1970 Verkündet am 05.08.1970 BGBl. I 1970, S. 1161 Inkrafttreten am 06.08.1970	441 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 10 Enthaltungen
5. Wahlperiode (1965-1969)					
26.	Sechszwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96)	Regierungsvorlage (Drs. V/4085)	Verfassungsrechtliche Absicherung der allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutzstrafsachen.	Verabschiedet im BT: 11.06.1969 (236. Sitzung) Gesetz vom 26.08.1969 Verkündet am 29.08.1969 BGBl. I 1969, S. 1357 Inkrafttreten am 30.08.1969	402 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 6 Enthaltungen
25.	Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	SPD (Drs. V/2470)	Neufassung des Art. 29 (Neugliederung des Bundesgebietes) durch Änderungen des Verfahrens und der Fristen.	Verabschiedet im BT: 02.07.1969 (246. Sitzung) Gesetz vom 19.08.1969 Verkündet am 22.08.1969 BGBl. I 1969, S. 1241	371 Ja-Stimmen 6 Nein-Stimmen 21 Enthaltungen

				Inkrafttreten am 23.08.1969	
24.	Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. V/4104)	Verlängerung der Frist, innerhalb derer der Bundesgesetzgeber die Länder an den Aufwendungen für die Kriegsfolgenlasten beteiligen kann, bis 1.10.1969.	<p>Verabschiedet im BT: 14.05.1969 (235. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 28.07.1969</p> <p>Verkündet am 31.07.1969</p> <p>BGBI. I 1969, S. 985</p> <p>Inkrafttreten am 01.08.1969</p>	<p>346 Ja-Stimmen</p> <p>0 Nein-Stimmen</p> <p>0 Enthaltungen</p>
23.	Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	interfraktionell eingebracht von CDU/CSU, SPD und FDP (Drs. V/4138)	Festsetzung einer Dreimonatsfrist, innerhalb derer die Bundesregierung einen Initiativentwurf des Bundesrats an den Bundestag weiterleiten muss.	<p>Verabschiedet im BT: 11.06.1969 (236. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 17.07.1969</p> <p>Verkündet am 22.07.1969</p> <p>BGBI. I 1969, S. 817</p> <p>Inkrafttreten am 23.07.1969</p>	<p>409 Ja-Stimmen</p> <p>0 Nein-Stimmen</p> <p>1 Enthaltung</p>
22.	Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	sechs Entwürfe, davon 4 Regierungsvorlagen, einer von FDP, einer von CDU/CSU und von SPD (Drs. V/2861, V/3040,	Finanzverfassungsreform, Erweiterung (a) der Bundeszuständigkeit bei der konkurrierenden und (b) der Rahmengesetzgebung: (a) Förderung der wissenschaftlichen Forschung und des Gesundheits- und Verkehrswesens; (b) Aufstellung allg. Grundsätze des Hochschulwesens sowie allg. Besoldungsregeln.	<p>Verabschiedet im BT: 11.12.1968 (204. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 12.05.1969</p> <p>Verkündet am 14.05.1969</p> <p>BGBI. I 1969, S. 363</p>	<p>354 Ja-Stimmen</p> <p>42 Nein-Stimmen</p> <p>2 Enthaltungen</p>

		V/3515, V/1086, V/2280, V/3483)		Inkrafttreten am 15.05.1969	
21.	Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)	sechs Entwürfe, davon 4 Regierungsvorlagen, einer von FDP, einer von CDU/CSU und von SPD (Drs. V/2861, V/3040, V/3515, V/1086, V/2280, V/3483)	Finanzverfassungsreform, insbesondere Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern bei den „Gemeinschaftsaufgaben“ und bei der Wissenschaftsförderung. Änderung der Bestimmungen über Lastenausgleich und Steuerverwaltung. Lasten- und Steuer- verteilung zwischen Bund und Ländern teilweise neu geordnet.	Verabschiedet im BT: 11.12.1968 (204. Sitzung) Gesetz vom 12.5.1969 Verkündet am 14.05.1969 BGBl. I 1969, S. 359 Inkrafttreten am 1.1.1970	354 Ja-Stimmen 42 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen
20.	Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	sechs Entwürfe, davon 4 Regierungsvorlagen, einer von FDP, einer von CDU/CSU und von SPD (Drs. V/2861, V/3040, V/3515, V/1086, V/2280, V/3483)	Schaffung der Voraussetzungen für die Haushaltsreform, insbesondere für ein Haushaltsgrundsätzegesetz von Bund und Ländern und für einen Mehrjahreshaushalt. U. a. wird in Art. 113 das Zustimmungsgesetz der Bundesregierung bei ausgabeerhöhenden oder einnahmehindernden Gesetzesbeschlüssen des Bundestages geregelt. Der neugefasste Art. 114 dehnt die Aufgaben des Bundesrechnungshofes aus auf die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Haushalts- und Wirtschaftsführung. Der Bundesrechnungshof berichtet jährlich unmittelbar nicht nur der Bundesregierung, sondern auch dem Bundestag und Bundesrat.	Verabschiedet im BT: 11.12.1968 (204. Sitzung) Gesetz vom 12.05.1969 Verkündet am 14.05.1969 BGBl. I 1969, S. 357 Inkrafttreten am 15.05.1969	354 Ja-Stimmen 42 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

19.	Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	SPD und FDP (Drs. V/2677)	Aufnahme der Verfassungsbeschwerde in das Grundgesetz.	<p>Verabschiedet im BT: 04.12.1968 (201. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 29.01.1969</p> <p>Verkündet am 01.02.1969</p> <p>BGBI. I 1969, S. 97</p> <p>Inkrafttreten am 02.02.1969</p>	<p>371 Ja-Stimmen</p> <p>0 Nein-Stimmen</p> <p>4 Enthaltungen</p>
18.	Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 76 und 77)	Bundesratsvorlage (Drs. V/1983)	Verlängerung der Fristen, innerhalb derer der Bundesrat zu Gesetzesvorlagen der Bundesregierung Stellung nehmen kann (von drei auf sechs Wochen), die Einberufung des Vermittlungsausschusses verlangen kann (von zwei auf drei Wochen) und gegen ein vom Bundestag verabschiedetes Gesetz Einspruch einlegen kann (von einer auf zwei Wochen). Vorlagen der Bundesregierung, die diese ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet, können dem Bundestag zugeleitet werden, noch bevor die Stellungnahme des Bundesrates vorliegt.	<p>Verabschiedet im BT: 23.10.1968 (191. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 15.11.1968</p> <p>Verkündet am 19.11.1968</p> <p>BGBI. I 1968, S. 1177</p> <p>Inkrafttreten am 20.11.1968</p>	<p>391 Ja-Stimmen</p> <p>0 Nein-Stimmen</p> <p>0 Enthaltung</p>
17.	Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. V/1879, V/2873)	Schaffung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Notstandsgesetze. Unterscheidung zwischen Verteidigungsfall, der militärischen Spannungszeit, dem Inneren Notstand und dem Katastrophennotstand. Der Verteidigungsfall wird auf Antrag der	<p>Verabschiedet im BT: 30.05.1968 (178. Sitzung)</p> <p>Gesetz vom 24.06.1968</p> <p>Verkündet am 27.06.1968</p>	<p>384 Ja-Stimmen</p> <p>100 Nein-Stimmen</p>

			<p>Bundesregierung vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates festgestellt. Bei Handlungsunfähigkeit des Bundestages übernimmt die Feststellung ein Gemeinsamer Ausschuss, der sich aus Mitgliedern des Bundestages (2/3) und des Bundesrates (1/3) zusammensetzt. Weitere Regelungen betreffen das Abstimmungsquorum und den Fall, dass ein Angriff erfolgt und auch der Gemeinsame Ausschuss am sofortigen Handeln verhindert ist. Während des Verteidigungsfalles ist das Gesetzgebungsverfahren in Bundestag und Bundesrat vereinfacht, Einspruchs- und Vermittlungsverfahren entfallen. Bei Verhinderung oder Beschlussunfähigkeit des Bundestages übernimmt der Gemeinsame Ausschuss als Ersatzparlament die Aufgaben von Bundestag und Bundesrat. Im Verteidigungsfall erweitern sich die Befugnisse des Bundesgesetzgebers auch auf Sachgebiete, die sonst zur Gesetzgebungszuständigkeit der Länder gehören. Während des Verteidigungsfalles ablaufende Wahlperioden enden erst sechs Monate nach Beendigung des Verteidigungsfalles, die Auflösung des Bundestages ist ausgeschlossen. Der Verteidigungsfall endet durch Beschlüsse des Bundestages mit Zustimmung des Bundesrates. Für die militärische Spannungszeit ist eine Mitwirkung</p>	<p>BGBI. I 1968, S. 709</p> <p>Inkrafttreten am 28.06.1968</p>	<p>1 Enthaltung</p>
--	--	--	--	--	---------------------

			des Bundestages für Maßnahmen zur Herstellung der erhöhten Verteidigungsbereitschaft vorgesehen. Zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherheit des Bundes oder eines Landes kann das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis nach Art. 10 GG beschränkt werden, ohne dass dies dem Betroffenen mitgeteilt zu werden braucht. An die Stelle des Rechtsweges kann die Nachprüfung durch solche Organe treten, die von der Volksvertretung bestellt werden. Alle diese Beschränkungen können grundsätzlich nur aufgrund eines Gesetzes angeordnet werden. Die Notstandsverfassung fixiert in einem neuen Absatz 4 des Art. 20 GG das Recht jedes deutschen Staatsbürgers, gegen jeden Widerstand zu leisten, der es unternimmt, die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, vorausgesetzt, dass andere Abhilfe nicht möglich ist.		
16.	Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. V/1449)	Bildung eines Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes anstelle des in Art. 95 GG vorgesehenen obersten Bundesgerichts.	Verabschiedet im BT: 08.05.1968 (171. Sitzung) Gesetz vom 18.06.1968 Verkündet am 22.06.1968	362 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

				BGBI. I 1968, S. 657 Inkrafttreten am 23.06.1968	
15.	Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. V/890)	Ermächtigung des Gesetzgebers, durch Zustimmungsgesetz Grundsätze für eine konjunkturgerechte Haushaltswirtschaft und für eine mehrjährige Finanzplanung aufzustellen, eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren sowie die Bundesregierung zu konjunkturpolitischen Maßnahmen zu ermächtigen.	Verabschiedet im BT: 10.05.1967 (108. Sitzung) Gesetz vom 08.06.1967 Verkündet am 13.06.1967 BGBI. I 1967, S. 581 Inkrafttreten am 14.06.1967	336 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
4. Wahlperiode (1961-1965)					
14.	Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. IV/2524)	Neuregelung der Lastenverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Kriegsfolgelasten.	Verabschiedet im BT: 26.05.1965 (188. Sitzung) Gesetz vom 30.07.1965 Verkündet am 05.08.1965 BGBI. I 1965, S. 649 Inkrafttreten am 05.08.1965	angenommen
13.	Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. IV/2531)	Erweiterung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes durch Neufassung von Art. 74 Nr. 10 GG: Ausdehnung des Begriffs „Kriegsgräber“.	Verabschiedet im BT: 07.04.1965 (178. Sitzung) Gesetz vom 16.06.1965	angenommen

				Verkündet am 26.06.1965 BGBl. I 1965, S. 513 Inkrafttreten am 27.06.1965	
3. Wahlperiode (1957-1961)					
12.	Zwölftes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. III/1901)	Dem Bund wird die Kompetenz eingeräumt, für Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes ein Bundesgericht zu bilden sowie Bundesdienststraft- und Wehrstraftgerichte einzurichten.	Verabschiedet im BT: 25.01.1961 (140. Sitzung) Gesetz vom 06.03.1961 Verkündet am 11.03.1961 BGBl. I 1961, S. 141 Inkrafttreten am 12.03.1961	410 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
11.	Gesetz zur Einfügung eines Artikels über die Luftverkehrsverwaltung in das Grundgesetz (11. Änderung des Grundgesetzes)	Regierungsvorlage (Drs. III/1534)	Der neue Art. 87d GG gibt dem Bund die Verwaltungskompetenz für die Luftverkehrsverwaltung sowie die Möglichkeit, durch Gesetz Aufgaben der Luftverkehrsverwaltung den Ländern als Auftragsverwaltung zu übertragen.	Verabschiedet im BT: 28.09.1960 (124. Sitzung) Gesetz vom 06.02.1961 Verkündet am 15.02.1961 BGBl. I 1961, S. 65 Inkrafttreten am 16.02.1961	368 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
10.	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes	SPD (Drs. III/30)	Aufnahme der Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken in die konkurrierende Gesetzgebung	Verabschiedet im BT: 03.12.1959 (92. Sitzung)	angenommen

			(Art. 74 Nr. 11a GG); Kompetenz für eine Bundesauftragsverwaltung auf dem Gebiet der Kernenergie (Art. 87c).	Gesetz vom 23.12.1959 Verkündet am 31.12.1959 BGBl. I 1959, S. 813 Inkrafttreten am 01.01.1960	
2. Wahlperiode (1953-1957)					
9.	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 135a in das Grundgesetz	CDU/CSU und SPD (Drs. II/3727)	Durch Einfügung des Art. 135a GG Erweiterung der Kompetenz des Bundes auf dem Gebiet der Kriegsfolgelasten: Bundesgesetzgeber wird ermächtigt, Geldverbindlichkeiten von Bund, Ländern und Gemeinden, die aus Kriegsfolgen entstanden sind, aufzuheben oder zu begrenzen.	Verabschiedet im BT: 29.08.1957 (227. Sitzung) Gesetz vom 22.10.1957 Verkündet am 26.10.1957 BGBl. I 1957, S. 1745 Inkrafttreten am 27.10.1957	407 Ja-Stimmen 17 Berliner Stimmen 54 Nein-Stimmen 2 Berliner Stimmen 14 Enthaltungen
8.	Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes	interfraktionell von CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE und DP (Drs. II/1050, II/2063, II/2920, II/3004)	Durch erneute Änderung des Art. 106 GG Zuteilung der Realsteuern an die Gemeinden.	Verabschiedet im BT: 13.12.1956 (180. Sitzung) Gesetz vom 24.12.1956 Verkündet am 29.12.1956 BGBl. I 1956, S. 1077	376 Ja-Stimmen 1 Nein-Stimme 3 Enthaltungen

				Inkrafttreten am 01.04.1957 bzw. 01.04.1958	
7.	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes	drei Entwürfe, davon einer von CDU/CSU, GB/BHE und DP sowie zwei von der FDP (Drs. II/124, II/125, II/171)	Grundgesetzänderung als Folge des Bei- tritts der Bundesrepublik zum Brüsseler Vertrag und zum Nordatlantikvertrag vom 24.5.1955 und in Zusammenhang mit der Vorlage des Freiwilligengesetzes und des Soldatengesetzes; Grundgesetz- ergänzung auf dem Gebiet der Wehrpoli- tik: Einschränkung einiger Grundrechte: für Soldaten das Recht der freien Mei- nungsäußerung und das Recht, Sammel- beschwerden und Sammelpetitionen einzubringen, für die Zivilbevölkerung das Recht der Freizügigkeit und auf Un- verletzlichkeit der Wohnung; Regelung der Erklärung des Verteidigungszustan- des und der Befehlsgewalt über die Ar- mee; Einrichtung von Wehrstraferich- ten, Bestellung eines Wehrbeauftragten und Übertragung besonderer Befugnisse auf den Verteidigungsausschuss.	Verabschiedet im BT: 06.03.1956 (132. Sitzung) Gesetz vom 19.03.1956 Verkündet am 21.03.1956 BGBI. I 1956, S. 111 Inkrafttreten am 22.03.1956	390 Ja-Stim- men 20 Nein-Stim- men 0 Enthaltungen
6.	Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Fi- nanzverfassung (Fi- nanzverfassungsgesetz)	Regierungsvor- lage (Drs. II/960, II/980)	Endgültige Verteilung der konkurrie- renden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf Bund und Länder. 1955 - 1957 bekommt der Bund ein Drittel des Aufkommens der Einkommen und Kör- perschaftsteuer, danach 35%; diese Auf- teilung ist in den ersten drei Jahren	Verabschiedet im BT: 19.11.1954 (57. Sitzung) Gesetz vom 23.12.1955 Verkündet am 28.12.1955 BGBI. I 1955, S. 817	angenommen

			nicht revisibel; horizontaler Finanzausgleich zwischen den Ländern.	Inkrafttreten am 01.04.1955	
5.	Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes	CDU/CSU, FDP, GB/BHE und DP (Drs. II/1078)	Nochmalige Verlängerung der Frist zur endgültigen Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern auf den Bund um ein weiteres Jahr bis 31. Dezember 1955 durch Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes.	Verabschiedet im BT: 15.12.1954 (61. Sitzung) Gesetz vom 25.12.1954 Verkündet am 30.12.1954 BGBl. I 1954, S. 517 Inkrafttreten am 31.12.1954	421 Ja-Stimmen 0 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen
4.	Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes	Zwei Entwürfe, CDU/CSU, GB/BHE und DP sowie der FDP (Drs. II/124, II/125, II/171)	Die Pariser Verträge und die beschlossene Wiederaufrüstung der Bundesrepublik sind der Anlass für diese Verfassungsänderungen. Art. 73 Nr. 1 GG wird durch eine ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Verteidigungsangelegenheiten und Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes erweitert. Eine Änderung des Art. 79 Abs. 1 GG bestimmt die formelle Vereinbarkeit internationaler Verträge mit dem Grundgesetz, und der eingefügte Art. 142a GG stellt im Besonderen fest, dass die Pariser Verträge mit dem Grundgesetz vereinbar seien.	Verabschiedet im BT: 26.02.1954 (17. Sitzung) Gesetz vom 26.03.1954 Verkündet am 27.03.1954 BGBl. I 1954, S. 45 Inkrafttreten am 28.03.1954	334 Ja-Stimmen 11 Berliner Stimmen 144 Nein-Stimmen 11 Berliner Stimmen 0 Enthaltungen

1. Wahlperiode (1949-1953)					
3.	Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes	Regierungsvorlage (Drs. I/3950, I/3769)	Verschiebung des Termins für die endgültige Verteilung der konkurrierenden Gesetzgebung unterliegenden Steuern um zwei Jahre.	Verabschiedet im BT: 11.12.1952 (244. Sitzung) Gesetz vom 20.04.1953 Verkündet am 22.04.1953 BGBl. I 1953, S. 130 Inkrafttreten am 23.04.1953	angenommen
2.	Gesetz zur Einfügung eines Artikels 120a in das Grundgesetz	CDU/CSU, FDP und DP/DPB (Drs. I/3334)	Der eingefügte Art. 120a erweitert die Kompetenz des Bundes für die einheitliche Durchführung des Lastenausgleichs, indem die den obersten Bundesbehörden zustehenden Befugnisse ganz oder teilweise dem Bundesausgleichsamt übertragen werden.	Verabschiedet im BT: 15.05.1952 (212. Sitzung) Gesetz vom 14.08.1952 Verkündet am 18.08.1952 BGBl. I 1952, S. 445 Inkrafttreten am 18.08.1952	303 Ja-Stimmen 18 Nein-Stimmen 21 Enthaltungen
1.	Strafrechtsänderungsgesetz	Regierungsvorlage (Drs. I/563, I/1307, I/2414)	Die Übergangsbestimmung des Art. 143 GG, in der die Strafrechtsbestimmung für Hochverrat zusammengefasst war, wurde hinfällig und konnte aufgehoben werden, nachdem das Strafrechtsänderungsgesetz den Hochverrat wieder im allgemeinen Strafrecht regelt.	Verabschiedet im BT: 11.07.1951 (160. Sitzung) Gesetz vom 30.08.1951 Verkündet am 31.08.1951 BGBl. I 1951, S. 739 Inkrafttreten am 01.09.1951	angenommen

6. Tabellarische Übersicht über die Anzahl der Änderungen aller Artikel

Artikel	Inkrafttreten	Geändert durch	Änderungen gesamt
Präambel	23. Mai 1949	36. Grundgesetzänderung, Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. II 1990, S. 885	1
1	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111	1
2	23. Mai 1949		keine
3	23. Mai 1949	42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146	1
4	23. Mai 1949		keine
5	23. Mai 1949		keine
6	23. Mai 1949		keine
7	23. Mai 1949		keine
8	23. Mai 1949		keine
9	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1

10	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
11	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
12	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	2
12a	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 48. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 12a), BGBl. I 2000, S. 1755	2
13	23. Mai 1949	45. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 13), BGBl. I 1998, S. 610	1
14	23. Mai 1949		keine
15	23. Mai 1949		keine
16	23. Mai 1949	39. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18), BGBl. I 1993, S. 1002; 47. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16), BGBl. I 2000, S. 1633	2
16a	30. Juni 1993	39. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18), BGBl. I 1993, S. 1002	1

17	23. Mai 1949		keine
17a	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111	1
18	23. Mai 1949	39. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 16 und 18), BGBl. I 1993, S. 1002	1
19	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
20	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
20a	15. November 1994	42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146; 50. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Staatsziel Tierschutz), BGBl. I 2002, S. 2862	2
21	23. Mai 1949	35. Grundgesetzänderung, Fünfunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21 Abs. 1), BGBl. I 1983, S. 1481; 61. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21), BGBl. I 2017, S. 2346	2
22	23. Mai 1949	52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	1

23	23. Mai 1949	<p>36. Grundgesetzänderung, Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. II 1990, S. 885;</p> <p>38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>53. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93), BGBl. I 2008, S. 1926</p>	4
24	23. Mai 1949	38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086	1
25	23. Mai 1949		keine
26	23. Mai 1949		keine
27	23. Mai 1949		keine
28	23. Mai 1949	<p>38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086;</p> <p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146;</p> <p>44. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 und 106), BGBl. I 1997, S. 2470</p>	3

29	23. Mai 1949	25. Grundgesetzänderung, Fünfundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 1241; 33. Grundgesetzänderung, Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39), BGBl. I 1976, S. 2381; 42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146	3
30	23. Mai 1949		keine
31	23. Mai 1949		keine
32	23. Mai 1949		keine
33	23. Mai 1949	52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	1
34	23. Mai 1949		keine
35	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 31. Grundgesetzänderung, Einunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1972, S. 1305	2
36	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111	1
37	23. Mai 1949		keine

38	23. Mai 1949	27. Grundgesetzänderung, Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1970, S. 1161	1
39	23. Mai 1949	33. Grundgesetzänderung, Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39), BGBl. I 1976, S. 2381; 46. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 39), BGBl. I 1998, S. 1822	2
40	23. Mai 1949		keine
41	23. Mai 1949		keine
42	23. Mai 1949		keine
43	23. Mai 1949		keine
44	23. Mai 1949		keine
45	23. Mai 1949	33. Grundgesetzänderung, Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39), BGBl. I 1976, S. 2381; 38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086; 53. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93), BGBl. I 2008, S. 1926	3
45a	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 33. Grundgesetzänderung, Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39), BGBl. I 1976, S. 2381	2

45b	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111	1
45c	19. Juli 1975	32. Grundgesetzänderung, Zweiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 45c), BGBl. I 1975, S. 1901	1
45d	23. Juli 2009	55. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 2009, S. 1977	1
46	23. Mai 1949		keine
47	23. Mai 1949		keine
48	23. Mai 1949		keine
49	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 33. Grundgesetzänderung, Dreiunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 29 und 39), BGBl. I 1976, S. 2381	2
50	23. Mai 1949	38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086	1
51	23. Mai 1949	36. Grundgesetzänderung, Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. II 1990, S. 885	1
52	23. Mai 1949	38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086; 52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	2
53	23. Mai 1949		keine

53a	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
54	23. Mai 1949		keine
55	23. Mai 1949		keine
56	23. Mai 1949		keine
57	23. Mai 1949		keine
58	23. Mai 1949		keine
59	23. Mai 1949		keine
59a	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	2
60	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111	1
61	23. Mai 1949		keine
62	23. Mai 1949		keine
63	23. Mai 1949		keine
64	23. Mai 1949		keine
65	23. Mai 1949		keine

65a	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	2
66	23. Mai 1949		keine
67	23. Mai 1949		keine
68	23. Mai 1949		keine
69	23. Mai 1949		keine
70	23. Mai 1949		keine
71	23. Mai 1949		keine
72	23. Mai 1949	42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146; 52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034; 64. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b), BGBl. I 2019, S. 1546	3

73	23. Mai 1949	<p>4. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1954, S. 45;</p> <p>17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709;</p> <p>31. Grundgesetzänderung, Einunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1972, S. 1305;</p> <p>40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089;</p> <p>41. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1994, S. 2245;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	6
74	23. Mai 1949	<p>10. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1959, S. 813;</p> <p>13. Grundgesetzänderung, Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1965, S. 513;</p> <p>22. Grundgesetzänderung, Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 363;</p> <p>29. Grundgesetzänderung, Neunundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1971, S. 207;</p> <p>30. Grundgesetzänderung, Dreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 GG - Umweltschutz), BGBl. I 1972, S. 593;</p> <p>31. Grundgesetzänderung, Einunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1972, S. 1305;</p>	10

		<p>34. Grundgesetzänderung, Vierunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74 Nr. 4a), BGBl. I 1976, S. 2383;</p> <p>40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089;</p> <p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	
74a	21. März 1971	<p>28. Grundgesetzänderung, Achtundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74a GG), BGBl. I 1971, S. 206;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	2
75	23. Mai 1949	<p>22. Grundgesetzänderung, Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 363;</p> <p>28. Grundgesetzänderung, Achtundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74a GG), BGBl. I 1971, S. 206;</p> <p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	4

76	23. Mai 1949	<p>18. Grundgesetzänderung, Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 76 u. 77), BGBl. I 1968, S. 1177;</p> <p>23. Grundgesetzänderung, Dreiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 817;</p> <p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146</p>	3
77	23. Mai 1949	<p>18. Grundgesetzänderung, Achtzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 76 u. 77), BGBl. I 1968, S. 1177;</p> <p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146</p>	2
78	23. Mai 1949		keine
79	23. Mai 1949	4. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1954, S. 45	1
80	23. Mai 1949	<p>40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089;</p> <p>41. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1994, S. 2245;</p> <p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146</p>	3
80a	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
81	23. Mai 1949		keine

82	23. Mai 1949	67. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 82), BGBl. I 2022, S. 2478	1
83	23. Mai 1949		keine
84	23. Mai 1949	52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	1
85	23. Mai 1949	52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	1
86	23. Mai 1949		keine
87	23. Mai 1949	31. Grundgesetzänderung, Einunddreißigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1972, S. 1305; 40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089; 41. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1994, S. 2245; 42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146	4
87a	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 66. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 87a), BGBl. I 2022, S. 968	3

87b	22. März 1956	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111;	1
87c	1. Januar 1960	10. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1959, S. 813; 52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	2
87d	16. Februar 1961	11. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Einfügung eines Artikels über die Luftverkehrsverwaltung in das Grundgesetz (11. Änderung des Grundgesetzes), BGBl. I 1961, S. 65; 37. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 1254; 56. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 2009, S. 2247	3
87e	23. Dezember 1993	40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089	1
87f	3. September 1994	41. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1994, S. 2245	1
88	23. Mai 1949	38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086	1
89	23. Mai 1949		keine
90	23. Mai 1949		keine
91	23. Mai 1949	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347	2

91a	1. Januar 1970	<p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>27. Grundgesetzänderung, Siebenundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1970, S. 1161;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	3
91b	1. Januar 1970	<p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>60. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91b), BGBl. I 2014, S. 2438</p>	3
91c	1. August 2009	<p>57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009 S. 2248;</p> <p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347</p>	2
91d	1. August 2009	57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009, S. 2248	1
91e	27. Oktober 2010	58. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e), BGBl. 2010, S. 944	1

92	23. Mai 1949	16. Grundgesetzänderung, Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 657	1
93	23. Mai 1949	19. Grundgesetzänderung, Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 97; 42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146; 52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034; 53. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 23, 45 und 93), BGBl. I 2008, S. 1926; 59. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 93), BGBl. I 2012, S. 1478	5
94	23. Mai 1949	19. Grundgesetzänderung, Neunzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 97	1
95	23. Mai 1949	16. Grundgesetzänderung, Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 657	1
96	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111; 12. Grundgesetzänderung, Zwölftes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1961, S. 141; 16. Grundgesetzänderung, Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 657;	5

		<p>26. Grundgesetzänderung, Sechszwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96), BGBl. I 1969, S. 1357;</p> <p>51. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 96), BGBl. I 2002, S. 2863</p>	
96a	22. März 1956	<p>7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111;</p> <p>12. Grundgesetzänderung, Zwölftes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1961, S. 141;</p> <p>16. Grundgesetzänderung, Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 657;</p> <p>22. Grundgesetzänderung, Zweiundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 363</p>	4
97	23. Mai 1949		keine
98	23. Mai 1949	<p>28. Grundgesetzänderung, Achtundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 74a GG), BGBl. I 1971, S. 206;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	2
99	23. Mai 1949	16. Grundgesetzänderung, Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 657	1
100	23. Mai 1949	16. Grundgesetzänderung, Sechzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 657	1
101	23. Mai 1949		keine

102	23. Mai 1949		keine
103	23. Mai 1949		keine
104	23. Mai 1949		keine
104a	1. Januar 1970	<p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>65. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h), BGBl. I 2020, S. 2048</p>	3
104b	1. September 2006	<p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009, S. 2248;</p> <p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347;</p> <p>63. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e), BGBl. I 2019, S. 404</p>	4

104c	20. Juli 2017	<p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347;</p> <p>63. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e), BGBl. I 2019, S. 404</p>	2
104d	04. April 2019	63. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e), BGBl. I 2019, S. 404	1
105	23. Mai 1949	<p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>64. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b), BGBl. I 2019, S. 1546</p>	3
106	23. Mai 1949	<p>6. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz), BGBl. I 1955, S. 817;</p> <p>8. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Artikels 106 des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 1077;</p> <p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>43. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1995, S. 1492;</p> <p>44. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 28 und 106), BGBl. I 1997, S. 2470;</p>	6

		54. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108), BGBl. I 2009, S. 606	
106a	23. Dezember 1993	40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089	1
106b	01. Juli 2009	54. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108), BGBl. I 2009, S. 606	1
107	23. Mai 1949	<p>3. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes, BGBl. I 1953, S. 130;</p> <p>5. Grundgesetzänderung, Zweites Gesetz zur Änderung des Artikels 107 des Grundgesetzes, BGBl. I 1954, S. 517;</p> <p>6. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Finanzverfassung (Finanzverfassungsgesetz), BGBl. I 1955, S. 817;</p> <p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>54. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108), BGBl. I 2009, S. 606;</p> <p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347</p>	7

108	23. Mai 1949	<p>21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359;</p> <p>49. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 108), BGBl. I 2001, S. 33219;</p> <p>54. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 106, 106b, 107, 108), BGBl. I 2009, S. 606;</p> <p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347</p>	4
109	23. Mai 1949	<p>15. Grundgesetzänderung, Fünfzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1967, S. 581;</p> <p>20. Grundgesetzänderung, Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 357;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009, S. 2248</p>	4
109a	1. August 2009	<p>57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009, S. 2248;</p> <p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347</p>	2

110	23. Mai 1949	20. Grundgesetzänderung, Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 357	1
111	23. Mai 1949		keine
112	23. Mai 1949	20. Grundgesetzänderung, Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 357	1
113	23. Mai 1949	20. Grundgesetzänderung, Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 357	1
114	23. Mai 1949	20. Grundgesetzänderung, Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 357; 62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347	2
115	23. Mai 1949	20. Grundgesetzänderung, Zwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 357; 57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009, S. 2248	2
115a	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
115b	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1

115c	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359	2
115d	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
115e	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 38. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1992, S. 2086	2
115f	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
115g	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
115h	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
115i	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
115k	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709; 21. Grundgesetzänderung, Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz), BGBl. I 1969, S. 359	2

115l	28. Juni 1968	17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709	1
116	23. Mai 1949		keine
117	23. Mai 1949		keine
118	23. Mai 1949		keine
118a	15. November 1994	42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146	1
119	23. Mai 1949		keine
120	23. Mai 1949	14. Grundgesetzänderung, Vierzehntes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1965, S. 649; 24. Grundgesetzänderung, Vierundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1969, S. 985	2
120a	18. August 1952	2. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Einfügung eines Artikels 120a in das Grundgesetz, BGBl. I 1952, S. 455	1
121	23. Mai 1949		keine
122	23. Mai 1949		keine
123	23. Mai 1949		keine
124	23. Mai 1949		keine
125	23. Mai 1949		keine

125a	15. November 1994	<p>42. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3, 20a, 28, 29, 72, 74, 75, 76, 77, 80, 87, 93, 118a und 125a), BGBl. I 1994, S. 3146;</p> <p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034</p>	2
125b	1. September 2006	<p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>64. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 72, 105 und 125b), BGBl. I 2019, S. 1546</p>	2
125c	1. September 2006	<p>52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034;</p> <p>62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347;</p> <p>63. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e), BGBl. I 2019, S. 404</p>	3
126	23. Mai 1949		keine
127	23. Mai 1949		keine
128	23. Mai 1949		keine
129	23. Mai 1949		keine

130	23. Mai 1949		keine
131	23. Mai 1949		keine
132	23. Mai 1949		keine
133	23. Mai 1949		keine
134	23. Mai 1949		keine
135	23. Mai 1949		keine
135a	27. Oktober 1957	9. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Einfügung eines Artikels 135a in das Grundgesetz, BGBl. I 1957, S. 1745; 36. Grundgesetzänderung, Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. II 1990, S. 885	2
136	23. Mai 1949		keine
137	23. Mai 1949	7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111	1
138	23. Mai 1949		keine
139	23. Mai 1949		keine
140	23. Mai 1949		keine
141	23. Mai 1949		keine

142	23. Mai 1949		keine
142a	28. März 1954	<p>4. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1954, S. 45;</p> <p>17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709</p>	2
143	23. Mai 1949	<p>1. Grundgesetzänderung, Strafrechtsänderungsgesetz, BGBl. I 1951, S. 739;</p> <p>7. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1956, S. 111;</p> <p>17. Grundgesetzänderung, Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes, BGBl. I 1968, S. 709;</p> <p>36. Grundgesetzänderung, Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. II 1990, S. 885</p>	4
143a	23. Dezember 1993	40. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1993, S. 2089	1
143b	3. September 1994	41. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, BGBl. I 1994, S. 2245	1
143c	1. September 2006	52. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 22, 23, 33, 52, 72, 73, 74, 74a, 75, 84, 85, 87c, 91a, 91b, 93, 98, 104a, 104b, 105, 107, 109, 125a, 125b, 125c, 143c), BGBl. I 2006, S. 2034	1
143d	1. August 2009	57. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91c, 91d, 104b, 109, 109a, 115, 143d), BGBl. 2009, S. 2248;	2

		62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347	
143e	20. Juli 2017	62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347; 63. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104b, 104c, 104d, 125c, 143e), BGBl. I 2019, S. 404	2
143f	20. Juli 2017	62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347	1
143g	20. Juli 2017	62. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91, 91c, 104b, 104c, 107, 108, 109a, 114, 125c, 143d, 143e, 143f, 143g), BGBl. I 2017, S. 2347	1
143h	08. Oktober 2020	65. Grundgesetzänderung, Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 104a und 143h), BGBl. I 2020, S. 2048 <i>(Gleichzeitige Regelung des Außerkrafttretens am 31. Dezember 2020.)</i>	1
144	23. Mai 1949		keine
145	23. Mai 1949		keine
146	23. Mai 1949	36. Grundgesetzänderung, Gesetz zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands - Einigungsvertragsgesetz - und der Vereinbarung vom 18. September 1990, BGBl. II 1990, S. 885	1